



NIEDERSCHRIFT

15. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 11.07.2017

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Bürgerantrag gemäß §24 der GO des Landes NRW IX/727
hier: Bürgerforum Kleinenbroich zum Thema Telekommunikationsgesetz
4. Besuche aufgrund von Altersjubiläen IX/724
5. Vorschlag zur Bestellung einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten IX/728
6. Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros in den Ortsteilen Kleinenbroich und Glehn IX/691
7. Mitteilungen
a) Postzustellung über die Firma Postcon (SV IX/714)
b) Spenden-/Sponsoringübersicht 2016 (SV IX/715)
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Neuvergabe der Gaskonzession für das Stadtgebiet Korschenbroich IX/435.2
hier: Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

15. Sitzung des Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 11.07.2017

Seite 2 von 10

2. Leitung des Amtes 20 „Finanzen“ IX/729
3. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
4. Mitteilungen
 - a) Erweiterung Infoma um das Modeul RWF (Rechnungsworflow)
5. Anfragen von Ausschusmitgliedern

Anwesenheitsliste

15. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 11. Juli 2017, 18:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Brieske, Reinhard
Erhart, Renate
Holzenleuchter, Peter
Kauerz, Wolfgang
Krappa, Gerd
Lieser, Wolfgang
Roden, Erwin
Siegers, Thomas

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Richter, Albert
Romann, Barbara
Teppler-Lenzen, Denis

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Gruhl, Hermann-Joseph

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas
Beigeordneter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Stadtinspektorin Kreuels, Carolin

außerdem anwesend

Brück von Oertzen, Martin

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 15. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Von der Möglichkeit, Fragen an den Ausschuss zu richten, machen zwei Einwohner Gebrauch.

Herr Sack weist nachdrücklich darauf hin, dass der Verweis des Bürgerantrags des Bürgerforums Kleinenbroich zum Thema Telekommunikationsgesetz in einen Fachausschuss falsch sei, da der Antrag die Verkehrssicherungspflicht zum Gegenstand habe. In seinen Augen sei die Verkehrssicherungspflicht Sache der Verwaltung, sodass die Klärung des Antrags im Hauptausschuss erfolgen müsse.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Auf Vorschlag der Verwaltung wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig zur Fertigung dieser Niederschrift bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

**3. Bürgerantrag gemäß §24 der GO des Landes NRW
hier: Bürgerforum Kleinenbroich zum Thema Telekommunikationsgesetz**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf das vorliegende Schreiben des Bürgerforums Kleinenbroich und erläutert kurz den darin geschilderten Sachverhalt.

Er erklärt, dass, auch wenn Herr Sack anderer Meinung sei, es sich hierbei um eine ureigene Sache des Ausschusses für Bau und Verkehr handle. Er schlägt daher vor, den Antrag in diesen Ausschuss zu verweisen. Dieses Vorgehen sei nach der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich so üblich.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert, dass es für den Umgang mit Beschwerden klare Regeln gebe. Der Antrag müsse in den Ausschuss für Bau und Verkehr verwiesen werden, da dieser über die notwendige Fachkompetenz verfüge. Um sofort eine Entscheidung zu treffen, sei das Thema zu komplex. Außerdem müssten erst entsprechende Prüfungen vorgenommen werden.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) stimmt seinem Vorredner zu. Zunächst müsse geprüft werden, ob die Eingabe korrekt ist. Falls ja, müsste man sich entsprechend juristisch wehren. Außerdem seien im vorliegenden Antrag gute Beispiele genannt und Vorschläge zu Korrekturmaßnahmen unterbreitet. Diese müsse man im Ausschuss für Bau und Verkehr

prüfen. Somit gehöre der Antrag in den Fachausschuss. Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bittet außerdem die Verwaltung um die Prüfung der Frage, ob ein Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz vorliegt oder nicht.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) ist anderer Meinung als seine beiden Vorredner. Die Entscheidung über das Aufstellen und den Ort der Verteilerkästen sei ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Ein Ausschuss sei dabei nicht beteiligt. Bei dem Antrag handele es sich um eine Beschwerde über die Arbeit der Verwaltung. Daher hätten die Ausschussmitglieder Thomas Siegers (CDU) und Albert Richter (SPD) am Thema vorbei geredet. Es handele sich nicht um eine Sache, die im Fachausschuss diskutiert werden könne. Es gebe nichts zu entscheiden, sondern bei der Verwaltung etwas zu tun.

Bürgermeister Marc Venten stimmt dem Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) nicht zu. Die Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich unterscheide nicht nach ausdrücklich an den Beschwerdeausschuss gerichteten Beschwerden. Ein Handeln der Verwaltung sei auch bei einem Verweis in den Fachausschuss möglich. Er sichert zu, die Beschwerde aufzuarbeiten und darüber zu entscheiden.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) ist nun doch von der vorgeschlagenen Vorgehensweise überzeugt, wenn die Beschwerde trotz des Verweises in den Ausschuss inhaltlich von der Verwaltung bearbeitet wird.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach versichert, dass man die Beschwerde bearbeiten und im Fachausschuss darüber berichten werde.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) weist ausdrücklich darauf hin, dass die Prüfung der Frage, ob gegen das Telekommunikationsgesetz verstoßen wurde, Teil der Bearbeitung sein müsse.

Beschluss-Nr. IX/727	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag der Verwaltung den Antrag des Bürgerforums Kleinenbroich zum Thema Telekommunikationsgesetz an den Ausschuss für Bau und Verkehr zu verweisen.	

4. Besuche aufgrund von Altersjubiläen

Bürgermeister Marc Venten erläutert die aktuelle Vorgehensweise bei Altersjubiläen. Man sei nahezu bei den Zahlen von 2016 angelangt. Auch wenn es schade sei, die 85-Jährigen nicht mehr zu besuchen, sei dies zeitlich kaum möglich und stelle auch eine finanzielle Belastung dar.

Das Mitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) sei mit dieser Entscheidung bereits im Ältestenrat nicht einverstanden gewesen. Bei der Hochrechnung der Besuchszahlen für 2017 würden sich im Vergleich zu 2016 nur ca. 50 Besuche mehr ergeben. Er halte es für nicht angemessen, die Besuche der 85-Jährigen aufgrund dieser geringen Erhöhung einzustellen.

Bürgermeister Marc Venten erwidert, dass die Besuchszahl im Vergleich zu 2016 reduziert werde. Außerdem solle der Beschluss nachhaltiger sein, als der aus dem Jahr 2016.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erklärt, dass die Besuche zu der Zeit, zu der es zwei, drei oder vier Bürgermeister gab, kein Problem gewesen seien. Nun seien die Besuche in der derzeitigen Regelmäßigkeit allerdings nicht möglich. Alle Bürgermeister bedauern die Entscheidung sehr, hielten diese aber für unumgänglich, da die Menge Besuche zeitlich nicht zu schaffen sei.

Beschluss-Nr. IX/724	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt, ab dem 01.08.2017 Besuche anlässlich von Altersjubiläen zum 80., 90., 95. Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jährlich, vorzunehmen.	

5. Vorschlag zur Bestellung einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Bürgermeister Marc Venten geht auf die Sitzungsvorlage ein. Er erläutert, dass innerhalb der Frist der Ausschreibung keine Bewerbung eingegangen sei. Daher sei die Frist verlängert worden, woraufhin eine Bewerbung eingegangen sei.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion es begrüße, dass sich jemand ehrenamtlich zur Verfügung stellt und dem Vorschlag zustimme. Er bittet um die persönliche Vorstellung der Bewerberin in einem Ausschuss.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) hält es für wichtig, dass das Amt der/des Behindertenbeauftragten neu besetzt wird. Die vorliegende Bewerbung sei qualitativ in Ordnung, daher werde die CDU-Fraktion dem Vorschlag ebenfalls zustimmen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) befürwortet die Neubesetzung des Amtes der/des Behindertenbeauftragten ebenfalls und fragt, ob eine persönliche Vorstellung der Bewerberin vor ihrer endgültigen Bestellung in der kommenden Ratssitzung möglich sei.

Bürgermeister Marc Venten wisse nicht, ob das für die Bewerberin zeitlich möglich ist. Grundsätzlich werde sie aber dazu eingeladen, sich persönlich vorzustellen.

Das Ausschussmitglied Renate Erhart (CDU) fragt, ob der Bewerberin die Möglichkeit für die Einrichtung von Sprechstunden in den einzelnen Ortsteilen gegeben werde.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass Frau Stein-Ulrich die Organisation ihrer Sprechstunden selbst überlassen sei, ihr aber die Möglichkeit gegeben werde.

Das Mitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) befürwortet es ebenfalls, wenn sich die Bewerberin vor ihrer Bestellung zur Behindertenbeauftragten persönlich vorstellen könnte.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass er nicht wisse, ob dies zeitlich für Frau Stein-Ulrich möglich ist. Die Abstimmung über die Bestellung könne verschoben werden, wenn die vorherige persönliche Vorstellung gewünscht ist.

Das Ausschussmitglied Barbara Romann (SPD) erläutert, dass die Bewerberin einigen Ausschussmitgliedern persönlich bekannt sei und sie von diesen gehört habe, dass sie für das Ehrenamt qualifiziert sei. Auf diese Aussage könne man sich verlassen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass seitens der Verwaltung keine Kommunikation mit Frau Stein-Ulrich bezüglich eines Termins zur persönlichen Vorstellung stattgefunden habe. Er ist sich sicher, dass sie gerne dazu bereit ist.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) findet, dass die Stelle in jedem Fall besetzt werden sollte und die Bewerberin einigen bekannt sei. Er merkt an, dass es sich bei dem Beschluss zunächst um eine Empfehlung an den Rat handele, die man guten Gewissens aussprechen könne. Wenn Frau Stein-Ulrich nicht zur nächsten Ratssitzung erscheinen kann, sollte sie trotzdem gewählt werden, da sie die einzige Bewerberin ist.

Bürgermeister Marc Venten lässt unter der besprochenen Maßgabe über den Vorschlag abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/728	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich gemäß § 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Korschenbroich vom 15.12.2004 Frau Angela Stein-Ulrich für die Zeit der Wahlperiode des Stadtrates zur ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten für die Stadt Korschenbroich zu bestellen.	

6. Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros in den Ortsteilen Kleinenbroich und Glehn

Bürgermeister Marc Venten erläutert die Vorgeschichte und geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein. Er weist darauf hin, dass eventuelle Mieteinnahmen bei der vorliegenden Aufstellung nicht berücksichtigt sind.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen ergänzt, dass die Gebäudekosten nur nachrichtlich erwähnt sind.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erläutert, dass überall Einsparmöglichkeiten erreicht werden sollen, welche aber auch vertretbar sein müssen. Er teilt mit, dass die SPD-Fraktion nach den vorliegenden Zahlen dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erklärt, dass die CDU-Fraktion immer gegen die Schließung der beiden Außenstellen gewesen sei. Nun käme der Vorschlag zur Schließung zum ersten Mal von der Verwaltung selbst und es lägen zum ersten Mal harte Fakten vor, die dafür sprechen, dass es sich um nennenswerte Ergebnisse handele. Daher sei die CDU-Fraktion grundsätzlich bereit die Entscheidung mitzutragen. Es müssen jedoch auch weiche Fakten beachtet werden, die psychologischer Natur seien. So sei den Bürgern in den betroffenen Stadtteilen die Erhaltung der Außenstellen des Bürgerbüros wichtig. Es dürfe nicht passieren, dass die Infrastruktur in den außenliegenden Stadtteilen vernachlässigt wird. Zudem sei ein kleiner Teil der Bürger nicht mobil, sodass es sich bei dieser Entscheidung um

keine bürgerfreundliche Entscheidung handele. Weiter erklärt das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU), dass die Fraktionsmitglieder aus den betroffenen Stadtteilen gegen den Vorschlag stimmen werden. Abschließend bittet er darum, die Verwaltungs-Briefkästen an den derzeitigen Außenstellen des Bürgerbüros zu erhalten.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt zu seinen eingangs getätigten Erläuterungen, dass durch das geplante Bürgerportal der Zugang zu Service-Leistungen für die Bürger weiter erleichtert werde. Ihm sei bewusst, dass nicht jeder fit im Internet sei, denkt aber, dass die sich Affinität dazu auch bei den älteren Bürgern gewandelt habe. So können die zu schließenden Außenstellen des Bürgerbüros kompensiert werden. Die Anliegen, mit denen die Bürger in die Außenstellen des Bürgerbüros kommen, könnten auch gut über eine Internetplattform abgewickelt werden. Dieses Bürgerportal werde im Laufe des Jahres 2018 eingerichtet.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) teilt mit, dass die Fraktion Die Aktive den Vorschlag der Verwaltung unterstütze. Durch die Schließung spare man zwar keinen riesigen, aber einen namenhaften Betrag ein und man entlaste die Verwaltung, wodurch Ressourcen frei würden. Im Moment erscheine die Schließung vielleicht als Rückschritt, aber durch den Ausbau der Nutzung des Internets werde der Zugang zur Verwaltung auf lange Sicht vereinfacht.

Das Ausschussmitglied Renate Erhart (CDU) kritisiert, dass man durch die Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros die Bürgernähe verliere. 1974/1975 sei den Bürgern immer versprochen worden, dass die Außenstellen erhalten bleiben. Nun gehe das letzte Stück Selbstständigkeit der ehemals selbstständigen Gemeinden verloren. Das Ausschussmitglied Renate Erhart (CDU) bittet nachdrücklich darum, die Briefkästen an ihren jetzigen Standorten zu erhalten. Wenn dies nicht passiert, solle zumindest am Verwaltungsgebäude auf der Wankelstraße ein entsprechender Briefkasten installiert werden.

Bürgermeister Marc Venten sichert zu, zu prüfen, ob die Briefkästen erhalten werden können und ist diesbezüglich optimistisch.

Das Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl (FDP) äußert, dass sich die FDP-Fraktion selbstverständlich für den Vorschlag der Verwaltung ausspreche, da sie schon immer für die Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros plädiert habe.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass es sich bei der Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros um ein langjähriges Anliegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen handele und sie daher dem Vorschlag der Verwaltung, in Ablehnung der Argumente des Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU), zustimme.

Das Mitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) erklärt, dass er dem Vorschlag nicht zustimme. Die Bevölkerung werde immer älter. Wenn der Rat sich nicht zu papierlosen Sitzungen durchringen könne, könne man nicht verlangen, dass die Bürger ihre Anträge über das Internet stellen. Der Bürgerservice werde so immer mehr eingeschränkt. Er wäre mit dem Vorschlag einverstanden, wenn ein Bürgerservice-Bus eingerichtet werde. Er gibt zu bedenken, dass Rollstuhlfahrer auch mit dem Bürgerbus das Bürgerbüro nur schwer erreichen würden. Außerdem sei der Unterschied der Fallzahlen zwischen den Außenstellen mit durchschnittlich 2,5 Fällen und dem Hauptstandort nicht gravierend.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen stellt richtig, dass die 2,5 Fälle sich auf zwei Stunden beziehen, jeweils eine in Glehn und eine in Kleinenbroich.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass gerade bei kurzen Öffnungszeiten viele Bürger kommen müssten, um das Angebot wahrzunehmen, woraufhin das Mitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) äußert, dass es auf die Öffnungszeiten ankäme.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erwidert daraufhin, dass nur 26 % der Bürger, die den Service in den Außenstellen des Bürgerbüros wahrnehmen, über 60 Jahre alt sind. Somit machten die älteren Bürger nur ein Viertel der Besucher aus. Gerade diese Altersgruppe habe die Zeit zu jeder beliebigen Zeit zum Bürgerbüro zu gehen. Er räumt ein, dass es sich bei der Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros um eine Einschränkung handele und bestätigt, dass der Erhalt dieser Außenstellen immer versprochen wurde. Die kommunale Neugliederung sei nun jedoch über 40 Jahre her und die Welt bleibe nicht stehen.

Beschluss-Nr. IX/691	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei drei Gegenstimmen der CDU-Fraktion die Schließung der Außenstellen des Bürgerbüros in den Ortsteilen Kleinenbroich und Glehn.	

7. **Mitteilungen**

a) **Postzustellung über die Firma Postcon (SV IX/714)**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die vorliegende schriftliche Mitteilung.

b) **Spenden-/Sponsoringübersicht 2016 (SV IX/715)**

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) erläutert Bürgermeister Marc Venten, dass das Fahrzeug der Firma ProMobil auf der ersten Position der Übersicht von der freiwilligen Jugendfeuerwehr genutzt werde.

8. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- a) Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) erläutert, dass der Landschaftsverband eine Sonderausschüttung in Höhe von 275 Mio. EUR an alle Mitgliedsgemeinden getätigt habe und erkundigt sich nach der Höhe des Betrages, der auf Korschenbroich entfällt.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt mit, dass der Rhein-Kreis Neuss von seinem Anteil von 11,8 Mio. EUR 708.000 EUR an Korschenbroich weitergeleitet habe.

- b) Das Ausschussmitglied Denis Teppler-Lenzen (SPD) fragt, warum die Anwohner nicht mittels Zetteln o.ä. über die Einrichtung eines Halteverbots aufgrund von Bauarbeiten an der Konrad-Adenauer-Str. informiert wurden und, ob es richtig sei, dass das Halteverbot bis Mitte des Jahres 2018 bestehen bleiben soll.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass der Rückbau an der B230 dem Landesbetrieb Straßen.NRW obliege und er nicht wisse, inwieweit dieser sich mit dem

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

15. Sitzung des Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 11.07.2017

Seite 10 von 10

Rhein-Kreis Neuss abgesprochen habe. Für Zettel sei er daher nicht zuständig. Er habe keine Informationen vom Landesbetrieb Straßen.NRW erhalten. Nach seinem Kenntnisstand sollen die Bauarbeiten 190 Werkzeuge dauern, d.h. bis Ende Oktober 2017.